

Plenardebatten

Mittwoch, 12. Oktober 2005 - Brüssel

Frauen und Armut in der Europäischen Union

Christa Prets (PSE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Über 68 Millionen Menschen bzw. 15 % der Bevölkerung der Europäischen Union sind von Armut bedroht. Länder außerhalb der EU-25 sind noch stärker davon betroffen. Deshalb sollten alle möglichen EU-Instrumente ausgeschöpft werden – sei es nun die europäische Nachbarschafts- oder Außenpolitik, sei es die Entwicklungs- oder die Finanzpolitik –, um intern und extern Armut reduzieren zu können. Nationale Aktionspläne müssen konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von Armut beinhalten und deren Umsetzung muss von der Europäischen Kommission mitverfolgt werden.

Sowohl in den europäischen Beschäftigungsleitlinien als auch in der Lissabon-Strategie müssen die Frauen unbedingt stärker berücksichtigt werden. Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union muss verstärkt auf die Reduzierung der Armut eingehen, gleichzeitig sollte die internationale Entwicklungspolitik dringend dahingehend analysiert werden, inwiefern gefährdeten Gruppen geholfen wird bzw. diese weiter marginalisiert werden. Weltbank, G-8, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation müssen Farbe bekennen und auf den Tisch legen, welche Konsequenzen ihre Politik konkret auf die Frauen sowie auf die Armut hat und hatte.

Armut außerhalb der EU-25 kann auch verstärkt zu illegaler Migration, Schlepperei, Kriminalität und in einem weiteren Schritt zu Frauenhandel führen. Wir werden daher unsere langjährige Forderung wiederholen, dass die Mitgliedstaaten endlich ein garantiertes Mindesteinkommen verabschieden.